

# Das alte Europa punktet bei Produktivität

Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes soll aus Sicht angebotsorientierter Ökonomen das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Die Empirie spricht nicht dafür, dass dies funktioniert.

Der Grund: Hire and fire statt stabiler Jobs bremst Innovationen.

Die weniger regulierten Arbeitsmärkte der angelsächsischen Länder wurden in Deutschland lange als Vorbild gepriesen und stehen nun Modell für sogenannte „Strukturreformen“ in Südeuropa. Dahinter steht die Vorstellungswelt der neoklassischen Ökonomie: Je geringer die Bedeutung von Arbeitsschutzgesetzen, Kündigungsschutz sowie zentral statt individuell ausgehandelten Löhnen, desto weniger „Störfaktoren“ bringen die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht. Ob sich die Theorie als haltbar erweist, hat der Wirtschaftsprofessor und WSI-Senior-Fellow Alfred Kleinknecht von der niederländischen Universität Delft mit einigen Forscherkollegen untersucht.\* Das Ergebnis: Ökonomien mit unterschiedlich organisierten Arbeitsmärkten haben sich in der Vergangenheit durchaus unterschiedlich entwickelt. Aber weniger Regeln bedeuten weder mehr Wachstum noch weniger Arbeitslosigkeit.

Die Forscher haben zwei Gruppen von Ländern gebildet. Die eine repräsentiert das liberale Modell: lockerer Kündigungsschutz, niedrige Sozialleistungen, schwache Gewerkschaften, dezentrale Lohnverhandlungen, ausgeprägte Einkommensunterschiede. Darunter fallen die USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland. Die andere Gruppe besteht aus den „koordinierten Marktwirtschaften“ Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Österreich, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden und Finnland.

Dann haben die Wissenschaftler verglichen, wie sich die Wirtschaft in den beiden Ländergruppen von 1960 bis heute entwickelt hat. Es zeigt sich:

- ▶ In puncto **Wirtschaftswachstum** gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften.
- ▶ Die **Reallöhne** stiegen in Kontinentaleuropa schneller als in angelsächsisch geprägten Ländern.
- ▶ Die **Zahl der Arbeitsstunden** nahm dagegen in den liberalen Ländern deutlich zu, während sie im „alten Europa“ stagnierte.
- ▶ Die **Arbeitsproduktivität** wuchs in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien deutlich schneller.

Offenbar, so die Forscher, produzieren beide Modelle in etwa die gleiche Wirtschaftleistung, das liberale benötigt dazu wegen des geringeren Wachstums der Produktivität jedoch mehr – und schlechter bezahlte – Arbeitsstunden.

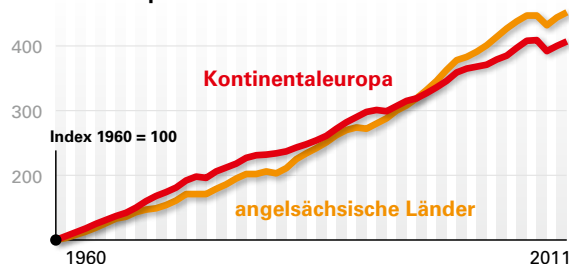
Gibt es in den liberalen Marktwirtschaften wegen des höheren Arbeitsaufwands zumindest weniger Erwerbslose? Empirisch bestätigt sich diese Vermutung nicht: Kleinknecht und seine Koautoren haben die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten der Jahre 1970 bis 2010 berechnet und kommen für die USA, Großbritannien, Kanada und Australien auf 6,9 Prozent. Die Vergleichsgruppe mit Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien lag mit 6,3 Prozent knapp darunter.

Ein Grund für dieses Phänomen – etwas höhere Arbeitslosenquote trotz deutlich größeren Arbeitsvolumens – sind

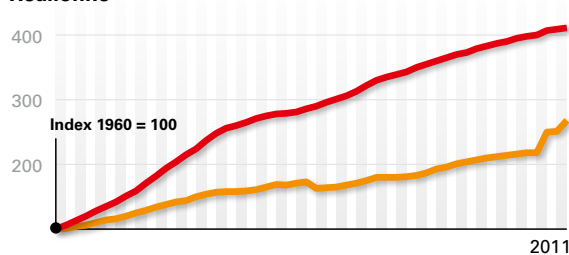
## Deregulierter Arbeitsmarkt: Länger arbeiten für weniger Geld

So entwickelten sich ...

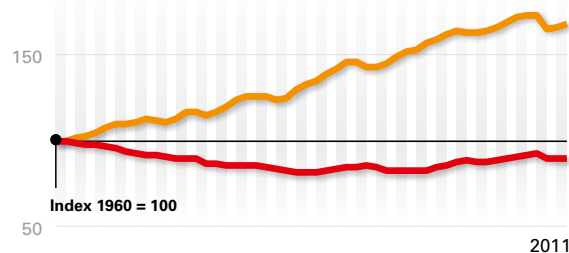
### Bruttoinlandsprodukt



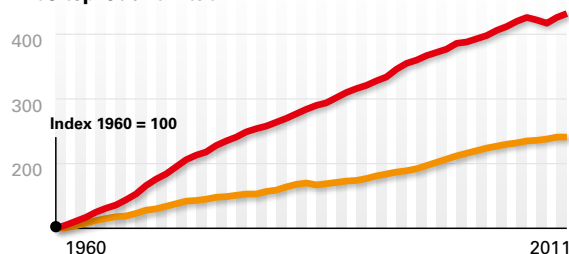
### Reallöhne



### Arbeitsstunden



### Arbeitsproduktivität



Quelle: Kleinknecht u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

der Untersuchung zufolge Unterschiede bei den individuellen Arbeitszeiten: „Die flexiblen Arbeitsmarktinstitutionen in den angelsächsischen Ländern geben den Arbeitgebern mehr Macht, längere Arbeitszeiten durchzusetzen.“ Zwischen 1990 und 2010 arbeiteten die Beschäftigten hier durchschnittlich 1.739 Stunden im Jahr, 165 mehr als in den kontinentaleuropäischen Ländern.

Außerdem haben die Wissenschaftler Studien unter die Lupe genommen, die empirisch nachweisen wollen, dass „Arbeitsmarktrigiditäten“ die Arbeitslosigkeit erhöhen, etwa eine viel zitierte Untersuchung von Stephen Nickell und anderen über Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktinstitutionen in OECD-Ländern seit den 1960er-Jahren. Kleinknecht und sein Team kommen zu dem Schluss, dass der behauptete Zusammenhang „nicht robust“ ist. Das heißt: Verändert man nur kleine Details der Schätztechnik oder den Beobachtungszeitraum, bleibt von den Ergebnissen nichts übrig.

**Das alte Europa: Innovativ dank sicherer Arbeitsplätze.** Dass Kontinentaleuropa bei Wachstum und Beschäftigung trotz höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten mithält, kann die neoklassische Theorie nicht erklären. Es gibt aber andere Ansätze: Zentral ist den Wissenschaftlern zufolge das Thema Innovation. Eine routinierte, ständige Verbesserung von Produkten und Arbeitsabläufen sei in einem Wirtschaftsmodell mit stabilen Arbeitsbeziehungen besser zu organisieren als unter einem Hire-and-fire-Regime.

Hohe Motivation, Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber, lange Betriebszugehörigkeiten und wachsende Spezialkenntnisse, Bereitschaft zur Weiterbildung, weniger Aufwand für Überwachung der Beschäftigten und Einarbeitung neuer Mitarbeiter sowie Arbeitnehmer, die auf Missstände aufmerksam machen können, ohne ihren Job zu riskieren – dies seien die Erfolgsfaktoren einer „unflexiblen“ Wirtschaft, deren Beschäftigte mit der Rückendeckung eines wirksamen Kündigungsschutzes und eines ausgebauten Sozialstaats arbeiten. So erkläre sich, dass koordinierte Marktwirtschaften produktiver arbeiten, wie viele empirische Untersuchungen bestätigen.

Entsprechend warnen die Forscher: „Die Deregulierung von Arbeitsmärkten hat ihren Preis.“ Es sei nicht beides zugleich zu haben: hochproduktive Betriebe und billige, stets austauschbare Arbeitskräfte. ◀

\* Quelle: Alfred Kleinknecht u.a.: Schadet die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts der Innovation?, in: WSI-Mitteilungen 4/2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## FINANZMARKTREGULIERUNG

# Transaktionssteuer: Kreativ rechnen mit Goldman Sachs

**Die Bedenken von Investmentbanken gegen die Besteuerung von Finanztransaktionen sind nicht überzeugend, zeigt eine wissenschaftliche Analyse.**

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer würde die Finanzwirtschaft jährlich mit 170 statt der eingeplanten 34 Milliarden Euro belasten, so steht es in einem Papier der politisch einflussreichen Investmentbank Goldman Sachs. Der Ökonom Stephan Schulmeister vom österreichischen Wifo-Institut hat sich mit der Studie auseinandergesetzt.\* Sein Ergebnis: Nur mithilfe sehr unrealistischer Annahmen kommen die Bank-Analysten auf eine so große Zahl. Zudem enthalte die Studie einige logische Fehler.

Im Wesentlichen geht die angeblich so hohe Belastung der Banken darauf zurück, dass die Goldman-Studie unterstellt, eine Finanztransaktionssteuer würde die Spekulation gar nicht bremsen. Die Banker haben einfach Umfang und Anzahl der Wertpapiertransaktionen im vergangenen Jahr überschlagen und das Ergebnis mit dem geplanten Steuersatz von 0,1 Prozent multipliziert. Dabei sei es ja gerade das Ziel der Steuer, betont Schulmeister, extrem kurzfristige – also mit vielen Transaktionen verbundene – Geschäfte unrentabel zu machen. Denn gerade sie begünstigten die Bildung von Spekulationsblasen.

Knapp 70 Prozent des Steueraufkommens würde nach der Rechnung von Goldman Sachs durch sogenannte Repo-Geschäfte entstehen. Diese dienen Investmentbanken hauptsächlich zur Refinanzierung spekulativer Wertpapierkäufe und spielten eine entscheidende Rolle bei der Entstehung der US-Immobilienblase sowie dem Kollaps von Lehman Brothers, so Schulmeister. Besonders kurzfristige Repo-Geschäfte

seien eine „spezifische Quelle systemischen Risikos“. Deshalb findet es der Wissenschaftler auch sinnvoll, dieses Marktsegment durch eine Steuer auszutrocknen. Banken, die die Realwirtschaft finanzieren, also Kredite für Produktion, Hausbau oder Autokauf vergeben, brauchten keine Repos.

Als weiteres Beispiel für unseriöse Berechnungen wertet Schulmeister die von Goldman Sachs Research ausgewiesenen „effektiven jährlichen Steuersätze“: Bei Wertpapieren, die mehrfach am Tag den Besitzer wechseln, kämen Steuersätze von über 300 Prozent zusammen. Die von den Bankern angewandte Methodik ist nach Schulmeister jedoch unzulässig. Das sei so, als würde jemand, der jeden Tag etwas kauft, die 365 Tage des Jahres mit dem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent multiplizieren und sagen, er hätte eine Steuerlast von 6.935 Prozent zu tragen.

Schließlich bemühen sich die Investmentbanker nachzuweisen, dass die Steuer zu großen Teilen private Sparer belastet. Auch diese Kalkulationen sind dem Wifo-Experten zufolge nicht ernst zu nehmen. Sie arbeiteten mit unrealistisch hohen Durchschnittsrenditen, der Vernachlässigung von Zinseszinsseffekten – und ohne absehbare Änderungen der Anlagestrategien zu berücksichtigen.

Dass eine Finanztransaktionssteuer die „Finanzalchemisten“ und nicht die Finanzierung der Realwirtschaft treffen würde, lässt sich laut Schulmeister allerdings sogar aus dem fragwürdigen Zahlenwerk von Goldman Sachs ablesen: Demnach würde der Gewinn der Deutschen Bank mit 362 Prozent, der Gewinn der Raiffeisenbanken dagegen nur mit 30 Prozent besteuert. ◀

\* Quelle: Stephan Schulmeister: Impact of the FTT on profitability of financial market activities – the assessment of Goldman Sachs Research, WIFO study, im Erscheinen  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)